

# Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenblatt 14 Pf., die 20 mm breite mm-Zeile im Textblatt 1,10 RM. Nebel nach Stoffel B. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Preisgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf., ausf. Porto. Für Einholung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einbl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbjährlich 1,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einbl. 1,50 Pf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr) Kreuzbandsendungen: für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

Postadresse: Dresden-N. 1. Postfach • Fernruf: Ortsvertrieb Sammelnummer 24601, Fernvertrieb 14194, 20024, 27981-27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Dittoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N., Ferdinandstraße 4

Postfach: Dresden 2060 - Nichterlangte Einlieferungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entrichteten Entgelts

Nr. 34

Donnerstag, 9. Februar 1935

43. Jahrgang

## François-Poncet nach Paris gerufen

Rede des Reichsjustizministers Dr. Gürtner in Dresden - Knappes Vertrauensvotum für Flandin in der Kammer

### Der Botschafter berichtet

Neue Instruktionen für die weitere Aussprache  
Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 8. Februar

Der französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, ist nach Paris zur Berichterstattung gerufen worden, wo er Ende dieser Woche eintrifft. Er soll hier zunächst einmal über die Eindrücke berichten, die nach seinen Beobachtungen das Londoner Liebesvotum in den Kreisen der Reichsregierung gemacht hat. Er soll dann aber auch eine Reihe von Instruktionen für die Durchführung des diplomatischen Meinungsaustausches mit Deutschland erhalten.

Der deutsche Botschafter in Paris, Roland Kocher, ist gestern wieder auf seinen Posten zurückgekehrt. Die Pariser Presse hatte ein ganzes Meer von Reportagen und Photographen zum Empfang an den Flughafen geschickt. Obwohl der Botschafter sich entschieden weigerte, legendäre Erklärungen abzugeben, veröffentlichten mehrere Blätter doch ein angebliches „Interview“. Da der Außenminister Laval noch immer

atempetant zu Bett liegt, konnte der Botschafter ihn gestern noch nicht sehen.

### Sir John Simons Reise nach Paris

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 8. Februar

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärte, daß Sir John Simons' Reise nach Paris zur Teilnahme an einem Bankett der englischen Handelskammer keine Beziehung zu den jüngsten englisch-französischen Besprechungen habe. Die heutige Reise sei bereits viele Wochen vor den jüngsten Londoner Besprechungen festgelegt worden.

Aus Paris wird dagegen gemeldet: Der „Petit Parisien“ schreibt, daß Sir John Simons' Gegenwart nehmen werde, mit Ministerpräsident Flandin und Außenminister Laval zusammenzutreffen. Die Vertreter der beiden Regierungen würden dabei ihre ersten Eindrücke über die Aufnahme ihrer Erklärung in Berlin austauschen können.

### Von der Stadt auf das Land

Die Verpflanzung der großstädtischen Erwerbslosen

Von Dr. Syrup, Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Vor einem halben Jahrhundert erwarb der größte Teil der Bevölkerung Deutschlands, rund 40 v. H., seinen Lebensunterhalt in der Landwirtschaft. Dieser Umstand ist im Laufe der Zeit infolge der Entwicklung von Industrie, Handel, Gewerbe und Verkehr ständig gefallen. Er beträgt jetzt etwa 21 v. H. Der Bevölkerungsumschwung des platten Landes wurde von den andern Erwerbslosen in immer heftigerem Maße an sich gezogen. Aber nicht nur den Heberisch erlosie diese Verdrängung, sondern sie ergriff auch Arbeitskräfte, welche die Landwirtschaft dringend benötigte, und führte zu einem Arbeitsmangel. Infolgedessen sah die Landwirtschaft an Stelle der in die Städte und Industriezentren Abwandernden ausländische Arbeiter heranziehen. Umwandlungsarbeiten ausländischer Arbeiter brachten vor dem Weltkrieg alljährlich aus dem Osten zur Zeit der Erntearbeiten in die deutsche Landwirtschaft ein und vertriehen diese Arbeitskräfte nach der Gadrückkehr im Frühjahr, um mit ihren Vorkenntnissen, die sich auf viele Millionen Goldmark belaufen, in ihrer Heimat den Winter zu verbringen und dann erst in die Arbeit nach Deutschland anzutreten. Diese Verhältnisse haben zwangsläufig dazu geführt, daß die deutsche Landwirtschaft ihre Betriebe immer mehr an Saisonbetrieben entwickelte.

Der große in Deutschland geführte Kampf gegen die Arbeitslosigkeit behauptete nachdrücklich die schon früher theoretisch erkannte Tatsache, daß die räumliche und berufliche Verteilung der Bevölkerung in Deutschland nicht dem staatspolitischen Weltbild entspricht. Die Konzentration der erwerbsfähigen Bevölkerung, die zum Teil vom Lande kommt, in überhöhten und Industriezentren führt in Krisenzeiten große soziale Gefahren in sich. Strukturveränderungen, auf welche nicht einzugehen, erwiesen sich als notwendig und wurden nicht zuletzt deshalb geübt, die Verdrängung zu bremsen und einen Rückfluß auf das Land zu begünstigen.

Voraussetzung für einen erhöhten Arbeitsnachfrage in der Landwirtschaft ist die Lösung der Frage: im Rahmen der natürlichen Grenzen die überhöhten Wohnstätten in eine Bauerwirtschaft, zeitlich begrenzte Arbeitsverträge in Jahresarbeitsverträge umzuwandeln. Sowohl im Winter 1934 als in diesem Winter hat die Landwirtschaft weit weniger Arbeitskräfte freigegeben als in den Vorjahren. Dies bedeutet Opfer, denn die Umstellung des althergebrachten Jahresarbeitsvertrages, die Bereitstellung von Winterhilfsarbeiten ist mit Schwierigkeiten verbunden. Die Landwirtschaft fand sich dazu insbesondere deshalb bereit, weil sie Verträge zu der angebotenen wirtschaftlichen Gestaltung hatte. Jede organische Stärkung der Landwirtschaft bedeutet wertvolle praktische Arbeitsbeschaffung. Durch sie ist es möglich, die latent in der Landwirtschaft vorhandenen großen Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen, von der ersten zur intensiven Wirtschaft überzugehen und durch wirtschaftliche Nutzung der bisher drückelnden Flächen neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Sichert die Landwirtschaft händer Arbeitsmöglichkeiten für ihre Arbeitskräfte, so hat die erhöhte Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe gute Arbeitsbedingungen mit den Möglichkeiten des Aufstiegs und sorgen Landwirtschaft und Staat gemeinsam für angemessene Wohnungsverhältnisse auf dem Lande, so ist auch für den ländlichen Arbeiter der Anreiz zur Abwanderung stark vermindert. Die letzten drei Jahre vor der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus, in denen die Zahl der Arbeitslosen unaufrichtig auf 6 Millionen lag, haben der deutschen Arbeiterklasse eindringlich gezeigt, wie hoch eine ländliche landwirtschaftliche Arbeit gegenüber einer konjunkturell bedingten industriellen Arbeit zu werten ist, und daß schlechte Sachverhalte neben geringerer Geldentlohnung in der Landwirtschaft nicht gering zu achten sind gegenüber höheren, durch Kurzarbeit aber stark schwankenden Löhnen in der Industrie.

Diese natürliche Entwicklungstendenz wurde durch verschiedene staatliche Maßnahmen gefördert.

An dem Geschehen zur Rettung des Arbeitslosen vom 15. Mai 1931 hat die Reichsregierung dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung das Recht, auszuordnen, daß Personen, die in den letzten drei Jahren in der Landwirtschaft tätig waren, in andern als landwirtschaftlichen Betrieben und Berufen nur mit seiner vorherigen Zustimmung eingestellt werden dürfen. Der Reichsminister hat also kein allgemeines Einstellungsverbot erlassen, und der Präsident der Reichsanstalt hat auch die Zustimmungspflichtigkeit vor der Einstellung nur für jene nichtlandwirtschaftlichen Betriebe und Berufe erlassen, die entsprechend in großen Umfang landwirtschaftliche Arbeitskräfte aufzunehmen pflegen. 1. B. für die Schwerindustrie und das Berggewerbe, bei weiblichen Personen 1. B. für das Glas- und Schmelzgewerbe. Ebenso wirkte die auf Grund des gleichen Gesetzes vom Präsidenten der Reichsanstalt angeordnete Einschränkung für die Reichsanstalt, daß die Beschäftigung der Arbeiter in Hamburg und Bremen der Landwirtschaft entgegen.

Einen beachtlichen Anreiz zur Arbeitsbeschaffung vertritt der landwirtschaftliche Arbeiter neben Wohnungsverhältnissen der Reichsanstalt für die Erhaltung neuer Familienwohnungen. Der Zuschuß wird gegeben, solange die Familienwohnung mit verheirateten Landarbeitern belegt ist, mit denen ein Arbeitsvertrag von mindestens einjähriger Dauer läuft, jedoch längstens auf sechs Jahre. Der Zuschuß beträgt sich im Höchstbetrage auf 200 Mark für ein Jahr, doch darf der Gesamtzuschuß (1800 Mark) die Hälfte der Verdrängungskosten der Wohnung nicht übersteigen.

Bei der besonders großen Notlage der älteren verheirateten landwirtschaftlichen Arbeiter begünstigt die Reichsanstalt auch eine zeitliche Einstellung dieser Personen über 10 Jahre, sofern sie zwei Jahre oder länger arbeitslos waren, indem sie dem Unternehmer zum Anreiz der anhaltenden Wiedereinstellung des Rentenschleppers Zuschüsse von rund 20 Mark im Monat für sechs Monate zahlt. Nach dieser Zeit ist der Anreiz wieder voll leistungsfähig für den landwirtschaftlichen Betrieb geworden.

Schwerer als die Deckung der Abwanderung vom Lande ist die Verpflanzung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Arbeit in ihrer großen Mannigfaltigkeit und Naturverbundenheit ist keine Tätigkeit, die ohne weiteres von überhöhten ländlichen Betriebsarbeitern ausgeführt werden kann, sondern erfordert Arbeitskräfte, die eine landwirtschaftliche Kenntnisse haben oder vom Lande stammen. Verdrängte, aus Städten und Industriezentren ältere berufsfremde Arbeiter, die mit deren Frauen - das ist besonders beachtlich - nicht vom Lande stammen, in die Landwirtschaft zu überführen, sind zumeist zum Scheitern verurteilt.

Oftmals man auf landfremde Arbeitskräfte aus gemerblichen Berufen zurück, so kommen in der Hauptsache nur junge Leute in Frage, die sich leichter den ländlichen Verhältnissen und Lebensbedingungen anpassen können. Hier hat die Reichsanstalt den Weg der sogenannten „Landhilfe“ beschritten. Diese Landhilfe hat eine zweifache Aufgabe. Sie ermdacht dem häuerlichen Betrieb, eine junge, arbeitsfähige Kraft zusätzlich einzustellen; sie entlastet damit die Familie des Bauern besonders die Bäuerin, und dient der Erhaltung und Förderung der häuerlichen Familienwirtschaft. Zugleich bietet sie der Jugend Arbeit und Brot, halt in einer Familie und Anleitung zu wirtschaftlicher Tätigkeit.

Die Reichsanstalt gibt jedem Bauerbetrieb bei unzulänglicher Einstellung eines Landarbeiters oder einer Landarbeiterin eine zeitliche Beihilfe, die etwa den knappen Vorkauf und die isolierten Ausgaben deckt. Die Unterbringung und Verpflegung geht zu Lasten des Bauern.

Die Aufgaben, die den Arbeitämtern bei dieser Maßnahme gestellt werden, sind nicht leicht, sowohl hinsichtlich der Auswahl der Arbeitskräfte, wie hinsichtlich der Auswahl der jungen Leute. Trotz mancher Schwierigkeiten in Einzelheiten ist es gelungen, im Durchschnitt der letzten 15 Jahre rund 150 000 junge Leute aus den Städten und Industriezentren auf dem Lande anzubringen. Besonders erfolgreich ist es, daß ein großer Teil der

### „Ein Krieg unvorstellbar“

Macdonald über die Londoner Vereinbarungen

London, 8. Februar

Ministerpräsident Macdonald hielt am Donnerstagabend in Vinton in der Grafschaft Bedford eine Rede, in der er sich mit dem englisch-französischen Abkommen beschäftigte. Dieses Abkommen, so führte er u. a. aus, habe die wirtschaftliche Fortentwicklungsmöglichkeit gegen einen Ausbruch vor, die jemals von der internationalen Diplomatie geahnt worden sei. Wenn es irgendwo in der Welt einen Angriff geben sollte, der einen Krieg plane, so wolle dieser Staat, daß er, sobald er seine Absicht zum Angriff gegen seinen Feind erhebt, er sich einer Verbindung von Mächten gegenüber befinde, die ihm einen Sieg vollständig unmöglich machen würde. Dies sei ein großer Schritt zum Frieden.

ein großer Schritt, um einen Krieg unvorstellbar und unmöglich zu machen. Außerdem würd: Großbritannien, wenn dennoch ein Krieg ausbräche, nicht allein dastehen. Macdonald äußerte

jedoch die Ansicht, sowohl Deutschland (1) wie Frankreich hätten Forderungen gestellt, die das andre Land in dieser Form nicht hätte annehmen können. Die Schwierigkeit bei einer solchen Frage bestehe darin, zu entscheiden, mit wem man zu verhandeln anfangen solle. Wir besaßen, sagte der Ministerpräsident, mit beiden Ländern gleichzeitig und haben Frankreich eine Erklärung ab, die gegenwärtig von deutschen Volk geprüft wird. Ich hoffe, das Ergebnis wird sein, daß Deutschland von neuem im Völkerverband erscheinen wird mit dem „Cherub“, auf den es Anspruch erhebt. Frankreich und Deutschland könnten dort in Sicherheit miteinander sprechen, und die Folge dieser Aussprache würde hoffentlich darin bestehen, daß die aktivierte Strafe zu einem größeren internationalen Abkommen über die Rüstungen wiederhergestellt würde und daß die Nationen einen weiteren wesentlichen Schritt in Richtung auf den Frieden zurücklegen würden.

Ihrer Vorgesetzten geeignete Anwärter angeführt, zwei Monate gründlich im Meer ausgebildet und dann in die Meeres einsetzt werden. Dafür erhalten sie jährlich 24 Dollar mit der Verpflichtung, ihre jeweilige Anstellung im Ministerium anzugeben und sich einmal jährlich einer körperlichen Leistungsprüfung zu unterziehen.

### Eine japanische Forderung

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 8. Februar

Der Hinweis des japanischen Marineministers, Admirals Tami, daß Japan bei den kommenden Flottenbesprechungen darauf drängen werde, von England und den Vereinigten Staaten die Einstellung der Besatzungsarbeiter in Singapur bzw. Cawangan zu fordern, wird von diesen politischen Kreisen lebhaft besprochen. Die heutige Londoner Morgenpresse nimmt merkwürdigerweise von dieser Rede fast keine Notiz. Es ist auch nicht das erste Mal, daß Japan eine derartige Forderung erhebt.

In diesen diplomatischen Kreisen und besonders in den der Admiralität nahestehenden Kreisen glaubt man, daß diese japanische Forderung praktisch jede Hoffnung auf eine Verständigung, vorausgesetzt daß die Flottenbesprechungen überhaupt wieder aufgenommen werden, zerstört. Man nennt diese japanische Forderung eine „matte Idee“, die, wenn sie in die Wirklichkeit umgesetzt werde, darauf hinauslaufen würde, Japan zum unbeschränkten Herrn im Fernen Osten zu machen.

### Die amerikanisch-russische Spannung

Sonderabschnitt der Dresdner Neuesten Nachrichten

Washington, 8. Februar. (Durch United Press.) Die durch den Abbruch der russisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen hervorgerufene Spannung zwischen den beiden Ländern wird von neutralen diplomatischen Beobachtern der amerikanischen Bundeshauptstadt als nicht übermäßig ernst bezeichnet. Man ist der Ansicht, daß es sich hierbei nur um ein vorübergehendes Zwischenstadium handle. Daß es zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten führt, führt man in erster Linie auf den von beiden Parteien unternommenen Versuch zurück, die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme des russisch-amerikanischen Verhältnisses gleichzeitig zu lösen. Dies hat auf beiden Seiten zum Mißerfolg geführt. Die größte Bedeutung des gegenwärtigen russisch-amerikanischen Konfliktes erblickt man im übrigen in der Möglichkeit einer Auswirkung auf die Lage in Fernen Osten.

### Ergänzung der amerikanischen Seereserve

Washington, 8. Februar

Die Associated Press im Kriegsministerium erklärt, arbeite der Chef des Generalstabs auf Wunsch des Militärausschusses des Repräsentantenhauses zur Zeit einen Vorschlag aus, durch den die reguläre Seereserve um etwa 100 000 Mann erhöht werden soll. Aus dem folgt etwa 200 000 Mann Reserve in den freiwilligen Reservatoren sollen am Schluß

Sonntag vormittag 11 Uhr: „Die Schweiz“